

## General a.D. Karl-Heinz Lather

Präsentation im Rahmen „Europäische Wehrsysteme im Vergleich“, Internationale Enquete des Bundesministers für Landesverteidigung und Sport, Wien, 15. Dezember 2010, Hilton Vienna Hotel

Minister, Fellow Flag Officers, Ladies and Gentlemen!

Ich danke zunächst einmal für die kurzfristige Einladung zu diesem Enquete Treffen in das adventliche Wien. Gerne spreche ich als Achter und Vorletzter, zudem seit einigen Wochen nicht mehr im aktiven Dienst stehender General, und versuche Ihnen unsere deutsche Bundeswehr, dies umfasst die Soldaten in den Streitkräften und die Mitarbeiter der Wehrverwaltung, zu erläutern. Mein aktuelles Wissen mag nicht mehr vollständig à jour sein, aber immerhin haben Sie mit mir ein Mitglied der Strukturkommission der Bundeswehr, also aus der Gruppe von sechs Persönlichkeiten, die ihren Bericht zur Reform der Bundeswehr am 26. Oktober 2010 in Berlin dem deutschen Bundesminister der Verteidigung, Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, übergeben haben. Unsere Vorschläge waren dann im Zentrum der Bundeswehrtagung in Dresden am 22. und 23. November 2010, mit Reden der Kanzlerin, des Ministers und des Generalinspektors, wie wir unseren Generalstabschef nennen. Ich werde auf alle drei Reden und den Kommissionsbericht eingehen. Sie finden die Originale übrigens auch über die Internet Webseite der Bundeswehr, falls Sie tiefer einsteigen möchten.

In dieser Woche, konkret heute, stehen die formalen Entscheidungen der deutschen Bundesregierung zum Aussetzen der Wehrpflicht und zur vollständigen Professionalisierung der Bundeswehr an. Auch der genaue Umfang der Bundeswehr dürfte danach grundsätzlich festliegen.

Wir setzen die Wehrpflicht aus. Sie war seit Beginn der Bundeswehr eine feste Größe. Wir behalten aber für den Fall einer dramatischen Veränderung der sicherheitspolitischen Gesamtlage in der Zukunft die Möglichkeit zur Rückkehr zur Einberufung bei und damit die allgemeine Wehrerfassung gemäß dem Wehrpflichtgesetz. Ergänzend zu den verbleibenden Berufs- und Zeitsoldaten wird ein freiwilliger Wehrdienst von 6 bis 23 Monaten für männliche und weibliche Bewerber eingerichtet. Diese Regelung wird sinngemäß auch für einen freiwilligen Zivildienst umgesetzt bzw. für das Freiwillige Soziale Jahr fortgesetzt. Insgesamt hoffen wir, als Teil eines gesamtbürgerlichen freiwilligen Engagements mindestens 7.500 und bis zu 15.000 Soldatinnen und Soldaten sowie 30.000 junge Männer und Frauen für den freiwilligen Zivildienst zu begeistern. Am 01. Juli 2011 wird diese Neuregelung in Kraft treten. Wir werden danach zu beobachten haben, ob die vermutete Freiwilligkeit sich realisiert und so eine neue Kultur des freiwilligen Dienens in und des Dienstes an der Gesellschaft mit all den erwarteten, positiven Folgen bürgerschaftlichen Engagements tatsächlich eintritt.

Für Deutschland ist dies eine wirklich gravierende Veränderung, haben wir doch als einer der letzten

Staaten in der EU und der NATO an der Wehrpflicht von zuletzt 6 Monaten Dauer festgehalten. Ausgehend von der vorherrschenden Beurteilung, dass der Staat nur dann die Allgemeine Wehrpflicht gemäß unserem Grundgesetz, unserer Verfassung einfordern darf, wenn er dies sicherheitspolitisch begründen kann, war die Wehrpflicht mindestens auszusetzen. Die öffentliche und politische Debatte des letzten Sommers und Herbstes bestätigten diese Auffassung schlussendlich. Sie finden den entsprechenden Vorschlag auch im Bericht der Strukturkommission, obgleich unser Anfangsmandat die Wehrpflicht noch als feste Größe nicht zur Diskussion zu stellen hatte. Die öffentliche und die politische Diskussion verlangten aber auch von uns eine klare Positionierung. Selbst als Wehrpflichtiger 18 Monate in die Bundeswehr eingezogen, werden Sie verstehen, dass die Meinungsfindung in der Kommission nicht leicht fiel. Der Beschluss ist dennoch einstimmig, konsequent und folgerichtig, weil er die heutige Realität unserer geostrategischen Situation und die sicherheitspolitische Lage berücksichtigt - wir sind, erstmals in unserer Geschichte, nur von Freunden umgeben und werden glücklicherweise nicht existentiell bedroht. Und dann gehört es auch zur Wahrheit auszusprechen, dass eine Wehrpflicht von nur 6 Monaten Dauer, wie von der derzeitigen Koalition in ihrem Koalitionsvertrag beschlossen, kaum sinnvoll zu vermitteln bzw. militärisch zu nutzen ist.

Die zweite Entscheidung, die heute getroffen wird, ist die über die zukünftige Stärke der Streitkräfte. Wir gehen künftig von einem Gesamtumfang der

Streitkräfte von bis zu 185.000 Mann aus. Das sind rund 65.000 weniger als zur Zeit. Hinzukommen ca. 65.000 Mitarbeiter der Wehrverwaltung, was 10.000 weniger entspricht als der heutigen Zielgröße. Wir haben uns bei dieser Dimensionierung an unseren größeren europäischen Partnern orientiert und glauben, dass wir mit diesen Größenordnungen in der Lage sein werden, unsere Verpflichtungen gegenüber den Vereinten Nationen, der NATO und der Europäischen Union einzuhalten.

Welche sind das?

Wir denken die neue Bundeswehr vom Einsatz her. Unsere Erfahrungen der letzten zwei Jahrzehnte, insbesondere bei ISAF, haben dazu geführt. Einsatzorientierung verlangt aber natürlich auch immer den Blick nach vorne in die Zukunft und muss selbstverständlich die gesellschaftlichen und politischen Realitäten in vernünftiger und verantwortungsvoller Weise berücksichtigen. Der Bundesverteidigungsminister hat in Dresden die Nationale Zielvorgabe benannt, den Level of Ambition. Ich zitiere ihn:

- „streitkräftegemeinsam den gleichzeitigen Einsatz von durchhaltefähigen Einsatzverbänden in Stabilisierungseinsätzen im multinationalen Verbund von mindestens 10.000 Soldaten, aufgeteilt auf bis zu zwei räumlich getrennte Einsatzgebiete.“
- „Die zusätzliche Befähigung zu kleineren Operationen der Luft- und Seestreitkräfte im multinationalen Rahmen.“

- „Alternativ ein streitkräftegemeinsames Kräftedispositiv für größere krisenbewältigende Maßnahmen und zum multinationalen Einsatz im Rahmen der Bündnisverteidigung an und jenseits der Bündnisgrenzen, das zu Operationen hoher Intensität befähigt ist.“
- „Zusätzliche Kräfte vorzuhalten, die im Inland Einsatzaufgaben zur Überwachung und Gewährleistung der Sicherheit des deutschen Luft- und Seeraumes und für eine grundsätzlich in nationaler Verantwortung durchzuführende Evakuierungsoperation oder Geiselnbefreiungen wahrnehmen.“
- „Bei professionellen Streitkräften stehen selbstverständlich nicht im Einsatz befindliche Kräfte für den Schutz der Heimat bereit.“

Der Minister versteht diese Vorgaben als Grundlage neuer verteidigungspolitischer Richtlinien, die er zu erlassen haben wird sowie der nachfolgenden Konzeption der Bundeswehr, die ihm der Generalinspekteur vorlegen müssen. Natürlich darf man auch davon ausgehen, dass die Bundesregierung unser Weißbuch von 2006 fort- oder vielleicht im Kern und Selbstverständnis einer Nationalen Sicherheitsstrategie neuschreiben müssen.

Herr Minister, meine Damen und Herren!

„Vom Einsatz her denken“, war unser Auftrag in der Strukturkommission, und so lautet auch der Titel des Berichtes an Minister zu Guttenberg. Konzentration,

Flexibilität und Effizienz heißen die Schlagworte, die gleichsam als Benchmark an unsere Vorschläge angelegt werden und die die begonnene Reformarbeit bestimmen sollten. Wir haben uns ausdrücklich nicht als Sparkommission verstanden, wohl aber die Herausforderung begriffen, dass die verfügbaren Haushaltsmittel vernünftiger und effizienter eingesetzt werden könnten. Sehr schnell wurde auch klar, dass die Forderung des deutschen Finanzministers nach 8,2 Milliarden € Einsparungen im Verteidigungsetat über 4 Jahre nicht zu erwirtschaften sein wird. Im Gegenteil, die neue Form der Rekrutierung und der sozialverträgliche Personalabbau werden Mittel benötigen. Dennoch sind wir sicher, dass mittel- und langfristig Effizienzgewinne als Folge größerer Synergien und der Aufgabe von zahlreichen Doppelstrukturen zu erwarten sind.

Die begonnene Reform, die die Bundeswehr konsequent als Armee im Einsatz in den Blick nimmt, ist keine „revolution in strategy“, sie ist allerdings eine radikale Fortentwicklung des Bundesministeriums der Verteidigung und der Bundeswehr. Wir denken alles, Prozesse, Strukturen und Organisation vom Einsatz her. Das ist die entscheidende Priorität. Natürlich spielen die Lehren des Einsatzes in Afghanistan bei den Vorschlägen eine wichtige Rolle, aber die angestrebte Zukunfts- und Lernfähigkeit ist so zu verstehen, dass wir Strukturen haben werden, die der Politik ein möglichst umfassendes Spektrum von Handlungsmöglichkeiten in zukünftigen Szenarien anbieten. So wird der Grundstein dafür gelegt, dass die

Bundesrepublik Deutschland und ihre Bundeswehr auch in den nächsten Jahrzehnten ein respektabler Partner in der nordatlantischen Allianz, der Europäischen Union und in den Vereinten Nationen bleiben werden.

Meine Damen und Herren!

Ich möchte Sie nicht mit Details unserer Vorschläge langweilen. Manche sind auch typisch deutsch und vor dem Hintergrund unserer Geschichte und Tradition zu verstehen. Lassen Sie mich vielmehr auf einige Kernpunkte hinweisen, die im Vergleich zu Ihren Reformprozessen von Bedeutung sein mögen. Sie sind es sicher für die Bundeswehr.

- Unser Ministerium ist zu sehr zergliedert, entscheidet oft zu langsam, weil ohne hinreichende Zielvorgaben, zum Konsens auch im Detail gezwungen, unklare Entscheidungskompetenzen und ineffektives Controlling an der Tagesordnung sind. Wir haben ein Ministerium in Strukturen des Kalten Krieges, dass die Einsätze der Bundeswehr der Gegenwart mit Entscheidungsprozessen aus der Vergangenheit führt.
- Die Prozesse der Bundeswehrplanung, der Haushalts- und Finanzplanung, der Rüstungsplanung und auch der Personalplanung sind schlecht miteinander verkoppelt. Eine einheitliche, zentrale Planung mit Zuweisung klarer Verantwortlichkeiten einschließlich der zugehörigen Mittel und Entscheidungskompetenzen ist nur wenig erkennbar. Man optimiert das jeweilige Subsystem und sieht nicht das Ganze. Die

zwanghafte, aus unserer deutschen Geschichte erklärbare Trennung von zivilen und militärischen Akteuren, die einander allzu häufig in Konkurrenz sehen, ist anachronistisch und muss überwunden werden, um zügige Entscheidungen zu Gunsten unserer Frauen und Männer im Einsatz zu ermöglichen.

- Mit den vorgeschlagenen Veränderungen im Ministerium gehen eine Stärkung des Generalinspektors und die konsequente, prozessorientierte, zivil-militärische Durchmischung der Abteilungen und Stäbe einher. Der Generalinspekteur ist zukünftig dem Minister unmittelbar verantwortlich für die Führung, Einsatzfähigkeit und Einsatzbereitschaft der Streitkräfte sowie für den Einsatz der Bundeswehr. Operativ wird die Bundeswehr grundsätzlich durch das Einsatzführungskommando in Potsdam geführt. Die Inspektoren und ihre Führungsstäbe sind künftig nicht mehr Teil des Ministeriums. Einschließlich ähnlicher Anpassungen in den bisherigen, eher zivilen Abteilungen wird das Ministerium unter 2.000 Mann Personal haben, ca. 1.500 weniger als heute.
- Die Bundeswehr, die ihren Personalnachwuchs bisher zu etwa einem Drittel aus den Wehrpflichtigen realisierte, wird ganz neue Wege der Werbung und Rekrutierung gehen müssen. Weder der begrüßenswerte wirtschaftliche Aufschwung in unserem Lande, den wir übrigens zu Beginn der Kommissionsarbeit noch gar nicht so



sahen, noch die demografische Entwicklung werden es den Streitkräften und der Wehrverwaltung in der Zukunft leicht machen, attraktive Angebote zu unterbreiten und qualifiziertes, leistungswilliges Personal in ausreichender Anzahl und in Konkurrenz zu Wirtschaft, Handwerk und Industrie zu gewinnen.

- Letztlich wird die vorgesehene Verkleinerung des Personalkörpers die Aufgabe von vielen Standorten zur Folge haben, was zu Spannungen mit den Bundesländern und den betroffenen Kommunen führen wird. Als Kommission haben wir zwar standortneutral gearbeitet, aber im kommenden wird über die Aufgabe von bundesweit wohl mehr als 40 Kasernen und Liegenschaften zu entscheiden sein.

Meine Damen und Herren,

vor der Bundeswehr liegt der wohl größte Reformprozess ihrer Geschichte, tiefgreifender auch als die Veränderungen, die wir in der Folge der glücklichen Wiedervereinigung unseres Vaterlandes zu bewältigen hatten. Dafür werden mindestens fünf, vermutlich bis zu acht Jahre Zeit vorübergehen. Bis Januar 2011 wird Staatssekretär Dr. Otremba mit seinem Umbaustab dem Minister einen konkreten Zeit- und Maßnahmenplan vorlegen. Er selbst, Otremba, meinte, dass etwa 70% der Vorschläge der Strukturkommission umgesetzt werden könnten. Und das traditionelle „Aussitzen“ durch Militär- und Zivilbürokratie, Schicksal

mancher früheren Kommission, will der junge, dynamische Minister nicht dulden. Das versprach er in Dresden, und mancher im Saale mag es als Drohung verstanden haben.

Auch werden eine Reihe von gesetzgeberischen Begleitmaßnahmen notwendig werden, um eine Reform dieser Größenordnung, die nicht ohne Auswirkungen auf andere Ressorts des Bundes bleiben kann, umzusetzen. Im Gespräch ist ein Reformbegleitgesetz, dass dann auch planerische Sicherheit und politische Verbindlichkeit für die Mitarbeiter der Bundeswehr herstellen würde.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und stehe gerne für weitere Nachfragen und kritische Anmerkungen zur Verfügung.